



Wissenschaftsausschuss

8. Sitzung (öffentlich)

10. Januar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Studienplätze und Hochschulfinanzierung sicherstellen

3

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/528

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*) –

* * *

Vorsitzender Helmut Seifen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich im neuen Jahr 2018. Ich hoffe, dass Sie erholsame, ruhige Feiertage verlebt haben und sich von der anstrengenden Zeit, die man meistens vor Weihnachten hat, erholen konnten.

Ich hoffe auch, dass Sie gut ins neue Jahr gekommen sind, und wünsche Ihnen allen ein frohes neues Jahr mit Gesundheit, Wohlergehen und einer erfolgreichen Arbeit für Sie persönlich, aber auch für unser Land. Denn wir müssen uns immer klarmachen, dass wir hier nicht alleine für uns arbeiten – bei aller Freude an dem persönlichen Erfolg, das ist jedem unbenommen –, sondern dass unsere Anstrengungen ja den Menschen gelten, die in unserem Land leben.

Vielleicht darf man bei dieser Gelegenheit einfach noch einmal in Erinnerung rufen – obwohl das bei uns allen fest verankert ist –, dass die Aufgabe, die wir hier wahrnehmen, sehr verantwortungsvoll ist und dass wir – so habe ich es auch schon ganz am Anfang der Legislaturperiode gesagt – bei aller parteilichen Konkurrenz und bei allen Streitigkeiten, die sein müssen, um den richtigen Weg zu finden, wertschätzend und im gegenseitigen Respekt miteinander umgehen, damit wir zu guten Lösungen kommen. Denn wir wollen für dieses Land und vor allen Dingen für die Menschen hier gut arbeiten.

Damit fangen wir heute gleich an. Um zu guten Lösungen im Hinblick auf Studienplätze und die Hochschulfinanzierung zu kommen, haben wir Experten eingeladen, die uns bei unseren Überlegungen helfen sollen. Deswegen begrüße ich ganz herzlich unsere Gäste und wünsche Ihnen einen guten Tag. Ich hoffe, dass Sie eine gute Anreise hatten – hoffentlich nicht per Schiff, denn das ist im Moment etwas gefährlich. Ich hoffe auf eine gute Beratung, auf gute Auskünfte, die Sie uns geben können.

Selbstverständlich begrüße ich auch alle Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreter der Medien und auch die Vertreter der Landesregierung, sollten sie anwesend sein, die diesen Raum dann hoffentlich noch weiser verlassen werden, als sie ihn betreten haben.

Der einzige Tagesordnungspunkt heute lautet:

Studienplätze und Hochschulfinanzierung sicherstellen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/528

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*) –

Der Antrag ist ins Plenum eingebracht, dann aber ohne Debatte an den Ausschuss überwiesen worden.

Wir haben die Sachverständigen gebeten, vorab eine schriftliche Stellungnahme einzureichen. Das ist geschehen, und dafür bedanken wir uns herzlich. Wir wollen daher auf ein Eingangsstatement verzichten und sofort mit einer Fragerunde beginnen.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Zunächst möchte ich alle Sachverständigen ansprechen. Die Ministerin hat in der Plenardebatte im September erklärt, dass alle Forderungen des vorliegenden Antrags bereits durch die Landesregierung umgesetzt würden. Inwieweit ist Ihnen bekannt, dass sich die Landesregierung über die von Rot-Grün in der letzten Legislaturperiode initiierten Maßnahmen hinaus für die jetzt geforderten Punkte einsetzt, etwa die Verstetigung des Hochschulpakts, ein Finanzierungssystem, das Drittmittel begrenzt, bessere Beschäftigungsbedingungen, die Förderung von mehr Transparenz, die Verstetigung von Mitteln des Bundes, die Dynamisierung der Qualitätsverbesserungsmittel etc. pp.? Sie kennen den Antrag. Welche Impulse der Landesregierung sind Ihnen seit Juli aufgefallen?

Frau Salvagno, an welchen Stellen sind die Fachhochschulen bisher gegenüber den Universitäten benachteiligt? Welche Impulse hätten Sie für eine entsprechende Neuaufstellung und Verbesserung des Finanzierungssystems? Ich könnte mir vorstellen, dass Sie mit Ihrer Antwort die zwei Stunden auch alleine füllen könnten, aber ich bitte Sie, die Kernpunkte in dem Rahmen, den diese Anhörung bietet, zu adressieren.

Herr Professor Dr. Grosse, uns beschäftigen immer wieder – an verschiedenen Stellen – die Lehrbeauftragten. Sie vertreten die Kunst- und Musikhochschulen des Landes. Liegt es nicht im besonderen Interesse dieser Hochschulen, die Grundmittel deutlich zu verbessern, damit es mehr Stellen im Mittelbau und in der Professorenschaft geben kann?

Frau Stolle, Sie stellen in Ihrer Stellungnahme anhand mehrerer Beispiele die Beschäftigungsbedingungen dar und führen aus, welche Schwierigkeiten aufgrund von befristeten Mitteln bestehen. Mit unserem Antrag fordern wir grundsätzlich eine Aufstockung der Grundmittel. Was wären aus Ihrer Sicht im Sinne der Beschäftigten notwendige Begleitmaßnahmen zur Verbesserung der Situation?

Herr Kaup, welche Maßnahmen müssten bereits zeitnah ergriffen werden, um die Situation der Beschäftigten an den Hochschulen zu verbessern? Welche Begleitmaßnahmen – das ist analog zu der vorigen Frage an Frau Stolle – sind da erforderlich?

Herr Professor Dr. Stelzer-Rothe, Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme eine sehr starke Zustimmung zu unseren Forderungen formuliert. Daher frage ich Sie, welche möglichen Alternativen Sie sehen, gegebenenfalls auch über das hinaus, was wir in unserem Antrag vorschlagen.

Frau Lögering, welche finanziellen und begleitenden Maßnahmen braucht es an den Hochschulen, damit die Studienqualität tatsächlich verbessert wird? Das haben Sie in den Mittelpunkt gestellt.

Herr Müller, Sie sind in Ihrer Stellungnahme durchaus zurückhaltend gewesen, was eine grundlegende Neuerung des Finanzierungssystems angeht. Wir haben auch Einzelmaßnahmen benannt, zum Beispiel was die Benachteiligung der ehemaligen Gesamthochschulen im Verhältnis zu den länger bestehenden Universitäten betrifft. Da müsste es natürlich trotzdem ein transparenteres und vergleichbareres System der Vergabe von Grundmitteln geben. Die Frage speziell zu diesem Punkt: Sind Sie auch der Meinung, dass wir hier grundsätzliche Verbesserungen oder Veränderungen brauchen?

Ich bedanke mich auch noch für die Stellungnahmen; ich glaube, das habe ich eingangs nicht gesagt. Ich freue mich auf die Debatte in dieser Runde.

Dietmar Bell (SPD): Auch vonseiten der SPD-Fraktion herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Stellungnahmen und dafür, dass Sie sich die Zeit nehmen, heute mit uns in die Debatte einzusteigen.

Ein Schwerpunkt in den Stellungnahmen ist der große Bereich „Gute Arbeit“, so will ich es einmal nennen. Das hat uns auch in der letzten Legislaturperiode schon sehr intensiv beschäftigt.

Herr Professor Dr. Stelzer-Rothe, Frau Stolle und Herr Kaup, wie schätzen Sie die Auswirkungen des Vertrages für gute Beschäftigungsbedingungen ein? Aus den Stellungnahmen würde ich die Bewertung ableiten, dass es keine einheitliche Handhabungspraxis an den Hochschulen zum jetzigen Zeitpunkt gibt. Ich hätte gerne eine deutlichere Klarstellung, weil es natürlich interessant ist, wenn da nicht einheitlich gearbeitet wird.

Herr Kaup hat in seiner Stellungnahme auch geschrieben, dass man Aufstockungen der Grundfinanzierung immer mit der Frage der Entfristung von Beschäftigungsverhältnissen koppeln sollte. Genau das ist mit der Hochschulvereinbarung passiert. Es gibt insgesamt einen Zuwachs – mit den Aspekten von Lehrerbildung usw. – von 330 Millionen €, die in den nächsten Jahren aus Mitteln des Landes, die im Hochschulpakt gebunden waren, zusätzlich in die Grundfinanzierung fließen mit der Verpflichtung der Hochschulen, Arbeitsverhältnisse zu entfristen. Können Sie aufgrund der Vereinbarung, die jetzt knapp ein halbes Jahr alt ist, schon erkennen, dass sich die Praxis der Hochschulen verändert?

Frau Lögering, Sie kommen zu relativ kritischen Einschätzungen, was die LOM betrifft, und zitieren vor allem die Drittmittelfixierung. Jetzt waren bei der LOM aber auch andere Ziele definiert. Es ging nicht nur um Drittmittel, sondern zum Beispiel auch um Gleichstellung und die Abschlussquote. Für mich stellt sich die Frage, ob Sie generell gegen finanzielle Steuerungsinstrumente unter leistungsorientierten Gesichtspunkten sind. Es liest sich fast so in der Stellungnahme. Das finde ich schon eine spannende Frage, die man durchaus diskutieren müsste. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Bei der Frage der Ausfinanzierung geht es natürlich auch immer um den Übergang vom Bachelor zum Master und darum, ob zum jetzigen Zeitpunkt hinreichend Masterstudienplätze bereitstehen. Ich hätte gerne eine aktuelle Einschätzung von Ihnen, inwieweit die Finanzierung ausreicht, um die notwendigen Masterplätze an den Hochschulen auch bereitzustellen.

Frau Salvagno, ich bitte Sie um eine Einschätzung hinsichtlich der veränderten Arbeitsbedingungen an den Fachhochschulen. Wir hatten in den letzten fünf Jahren häufig Gelegenheit, diese Frage miteinander zu bewegen und zu diskutieren. Was müsste möglicherweise noch getan werden, um Ihnen Rahmenbedingungen zu bieten, die Ihre Arbeit noch erfolgreicher machen, als sie zum jetzigen Zeitpunkt aus unserer Sicht schon ist?

Dann habe ich eine kritische Nachfrage zu dem Punkt „Qualitätsverbesserungsmittel“ in Ihrer Stellungnahme, demgemäß die entsprechende Anpassung an die realen Studienzahlen – ich verkürze das jetzt – möglicherweise dazu führen würde, dass das im NRW-Koalitionsvertrag 2017 formulierte Ziel, durch einen Qualitätspakt für beste Studienbedingungen die Qualität des Studiums und die Studienbedingungen insbesondere durch eine bessere Betreuungsrelation zu stärken, möglicherweise eintreten oder man Schritte dahin machen würde. Nach unserer Einschätzung führt die finanzielle Anpassung, wenn sie denn umgesetzt würde, sicherlich nicht in dem Umfang zu einer Verbesserung der Betreuungsrelation. Wie ist das zu lesen und zu bewerten?

Auf den Seiten 3 und 4 haben Sie im Grunde Zukunftsanforderungen für eine erfolgreiche Arbeit an den Fachhochschulen aufgeführt. Mich würde interessieren, weil es natürlich immer neue Aufwendungen sind, die entsprechend skizziert werden, ob es bei Ihnen auch so etwas wie eine Gesamtrechnung gibt. Was müsste etatisiert werden, um diese Erfolgsbedingungen real entstehen zu lassen?

Herr Professor Dr. Grosse – Herr Bolte-Richter hat die Frage der Lehrbeauftragten schon benannt; wir haben in der Vergangenheit bereits Gespräche geführt –, der Hochschulpakt verbessert aus meiner Sicht auch die Situation an den Kunst- und Musikhochschulen. Wo sehen Sie aktuell noch Handlungsbedarf? Welche Hilfestellungen wären nötig, um einen Schritt weiter nach vorne zu kommen?

Herr Müller, was die zukünftige Gestaltung von Hochschulen bei der Frage des lebenslangen Lernens angeht, schreiben Sie, dass die Unterscheidung zwischen „normalen“ gleich konsekutiven und weiterbildenden Masterangeboten im Grunde eine anachronistische Annahme sei. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung in bestimmten Branchen müssen wir zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich mit relativ großen Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt rechnen.

Sie führen auch aus:

„Wenn akademische Weiterbildung zu den Aufgaben einer Hochschule gehört, gibt es keinen Grund, warum nicht auch weiterbildende Bachelor- und Masterangebote zum Teil mit staatlichen Mitteln finanziert sein sollten.“

Beschränken Sie dann die Aufgabe im Bereich der Weiterbildung an den Hochschulen auf die entsprechenden Bachelor- und Masterangebote, oder geht das Verständnis bei der Frage, wie Hochschulen sich weiterentwickeln müssten, um hier in der Perspektive Bedarfe abzudecken, noch weiter?

Dr. Stefan Berger (CDU): Auch aus Sicht der CDU-Fraktion vielen Dank für Ihr Erscheinen und die Vorlage der höchst interessanten Bewertungen und Analysen, die wir alle mit Interesse zur Kenntnis genommen haben.

In der ersten Runde habe ich nur wenige Fragen, zunächst an die Vertreterin der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen, Frau Salvagno. Mich würde interessieren, wie Sie die aktuelle Finanzsituation aus Sicht der Fachhochschulen sehen und wie Sie die Maßnahmen, die wir jetzt in ersten Schritten im Koalitionsvertrag angedacht haben – Verstetigung der Landesmittel aus den Hochschulpakten – bewerten.

Dann habe ich eine Frage an die beiden Vertreter der Landespersonalrätekonferenzen. Sie befassen sich mit den Bedingungen von wissenschaftlichem Personal, von Personal an Hochschulen insgesamt. Wie bewerten Sie die aktuelle Situation Ihrer Mitarbeiter? Was muss in den nächsten Jahren getan werden, um vielleicht das eine oder andere Versäumnis auch beseitigen zu können?

Meine nächste Frage geht an das CHE. Herr Müller, Sie haben in Ihrer Stellungnahme zunächst eine Evaluation des gesamten Systems erwähnt. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, was Sie sich darunter vorstellen, wie Sie das meinen.

Sie haben auch das Verhältnis der Grundfinanzierung und Programmfinanzierung angesprochen. Dazu hätte ich gerne noch weitere Ausführungen von Ihnen.

Dann möchte ich noch die Prognose zu den Studienanfängerzahlen überhaupt ansprechen. Wie sehen Sie diese?

Moritz Körner (FDP): Vielen Dank auch von meiner Seite für die zahlreichen Stellungnahmen und die Bereitschaft, heute mit uns ins Gespräch zu kommen.

Jetzt sind schon sehr viele Fragen von den Kollegen gestellt worden, daher kann die eine oder andere meiner Fragen entfallen. Ich hoffe, Sie interpretieren das nicht als fehlendes Interesse meinerseits, sondern ich möchte eine Doppelung von Fragen vermeiden.

Ganz grundsätzlich: Wenn ich mir die verschiedenen Stellungnahmen anschauere, dann kommt darin für mich die einhellige Botschaft „weg von der Programmfinanzierung und hin zu einer stärkeren Grundfinanzierung“ zum Ausdruck. Es geht jetzt um den Hochschulpakt, wie auch im Antrag angesprochen. Welche Perspektive sehen Sie da? Alle schauen gespannt auf die Entwicklungen auf Bundesebene – wir jetzt nicht mehr ganz so gespannt. Wie bewerten Sie das vor diesem Hintergrund, auch die Verstärkung zumindest der Hälfte der Landesmittel, die die neue Landesregierung angekündigt hat? Welche zusätzlichen Möglichkeiten sehen Sie im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt für das Land?

Ebenfalls die Frage an Herrn Müller, die der Kollege Berger schon angedeutet hat: Sie haben Prognosen zu den Studierendenzahlen. Das ist für uns natürlich hochinteressant, weil damit zusammenhängt, wie wir Betreuungsverhältnisse und Ähnliches regeln können, mit welchen Zahlen wir rechnen müssen. Vielleicht können Sie das noch einmal ein bisschen ausführlicher erläutern, auch die Grundlagen der Berechnung.

In der Stellungnahme des Landes-ASten-Treffens ist mir aufgefallen, dass die Forderungen des Antrags durchaus positiv dargestellt werden, aber sehr kritisch die Frage aufgeworfen wird, in welcher Weise der Antragsteller diese Punkte in seiner Regierungsverantwortung umgesetzt hat. Vielleicht können Sie diese Einschätzung zur Regierungsverantwortung des Antragstellers in der letzten Legislaturperiode noch etwas näher ausführen.

Helmut Seifen (AfD): Viele Fragen sind schon vorweggenommen worden, Herr Körner hat eben noch die letzte meiner Fragen gestellt.

Es gibt eine Stellungnahme, die sich deutlich für eine Drittmittelfinanzierung ausspricht, nämlich die der Landesrektorenkonferenz der Universitäten. Alle anderen sehen das skeptisch. Da aber kein Vertreter der Landesrektorenkonferenz der Universitäten anwesend ist, kann meine diesbezügliche Frage nicht beantwortet werden.

Insofern erübrigen sich Fragen von mir. Ich denke, mit der Beantwortung der anderen Fragen werden wir genügend Zeit verbringen.

Vorsitzender Helmut Seifen: Wir kommen dann zu den Antworten der Sachverständigen.

Loretta Salvagno (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen NRW/Konferenz der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen NRW): Ich würde gern mit der allgemeinen Frage anfangen, wie wir die Situation der letzten Jahre bzw. das, was getan wurde, bewerten. Wir haben natürlich sehr positiv aufgenommen, dass ein Teil der Hochschulpaktmittel verstetigt worden ist.

Wir haben das Landesmasterprogramm positiv aufgenommen, wobei man sehen muss: Das ist ein einmaliges Programm, es läuft 2020 aus. Wir haben jetzt jede Menge Masterplätze aufgebaut, die wir auch brauchen, aber wir haben dafür keine Folgefinanzierung, so wir nicht die verstetigten Hochschulpaktmittel einsetzen. Diese sind im Moment nur zur Hälfte des Landesanteils verstetigt, was natürlich ein Problem ist. Dazu komme ich gleich noch einmal bei den Fachhochschulen.

Wir haben positiv aufgenommen, dass wir seinerzeit die Qualitätsverbesserungsmittel bekommen haben, und im ersten Moment auch positiv aufgenommen, dass der Betrag festgeschrieben ist, weil sonst die Angst bestanden hätte, dass man die Mittel wieder einfriert oder abschafft. Jetzt holt uns dieses Thema aber ein, weil die festgeschriebenen 249 Millionen € dazu führen – Tarifgehälter und Studierendenzahlen steigen –, dass das Pro-Kopf-Volumen deutlich sinkt.

Insgesamt wird die Programmfinanzierung – es wurde gerade schon gesagt – zunehmend zum Problem für uns. Das betrifft auch ganz stark die Frage nach den Beschäftigungsverhältnissen; denn nur mit einer verlässlichen Finanzierung kann ich unbefristete Verträge schließen.

Um auf den Punkt zu kommen, wo Fachhochschulen gegenüber Universitäten benachteiligt sind – letztlich auch ein finanzieller Bereich –: Professoren an Fachhochschulen haben 18 Semesterwochenstunden Lehrverpflichtung. Da nebenher noch großartig Forschung zu machen, was wir zunehmend tun, ist eine echte Herausforderung für die Professorinnen und Professoren.

Vor allen Dingen kommt hinzu, dass wir keinen wissenschaftlichen Mittelbau haben. Insbesondere da sind wir gegenüber Universitäten benachteiligt. Im Fachbereich Wirtschaft haben wir zwei durch Landesmittel finanzierte Leute, die gerade mal die in den letzten Jahren enorm gestiegenen IT-Anforderungen versuchen zu bewältigen. Dass sie noch die Forschung im Bereich Wirtschaftswissenschaften unterstützen, ist fast ausgeschlossen.

Ähnlich sieht es bei den Sozialwissenschaften aus, und selbst in den Ingenieurwissenschaften kommen wir nicht einmal auf einen halben wissenschaftlichen Mitarbeiter pro Professor. Wir müssen die Leute immer abziehen, um die Infrastruktur und die Grundgeräte am Laufen zu halten, ohne dass eine echte Unterstützung der Wissenschaftler stattfindet.

Obwohl bestimmte Dinge einfach gleich sind, sind die Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten nicht so gut ausgestattet. Die Einführung eines Campusmanagements, ein Hochschulbau, die Modernisierung der IT verursachen die gleichen Kosten wie bei einer Universität. Es mag Skaleneffekte geben, dass man mehr Studierende hat und das darauf herunterbrechen muss, aber es sind die gleichen Anforderungen.

Bei den Bachelorstudierenden haben wir mittlerweile einen Anteil von 33 bis 35 %. Bei den Anfängern im Hochschulpakt sind wir bei 40 %, und unser Finanzierungsanteil liegt bei 22 %. Da sehen wir ganz einfach eine Schieflage. Damit will ich den Universitäten nicht etwas wegnehmen – ich unterstelle einmal, dass sie auch Finanzierungsschwierigkeiten haben –, aber ich sage, dass das Problem bei uns ungleich größer ist.

Vielleicht noch der Hinweis: Es heißt zum Teil, Masterstudienplätze seien ein Thema von Universitäten. Bei uns – ich kann es nur für meine Hochschule sagen – wollen um die 70 % der Studierenden nach dem Bachelor in einen Masterstudiengang wechseln. Allein die Architekten brauchen das für die Bauvorlageberechtigung. Daher muss meines Erachtens auch im Masterbereich dringend etwas getan werden.

Was die Arbeitsbedingungen angeht: Ich habe mich damals bei der Rahmenkodex-, der Rahmenvereinbarungsdiskussion sehr geärgert, weil ich der Meinung war, dass wir gute Arbeitgeber sind. Ich bin auch immer noch der Meinung, dass das so ist. Wir können nicht mehr tun als das, was seriös abgedeckt werden kann.

In drittmittelfinanzierten Bereichen, also in der Projektfinanzierung, die wir durchaus begrüßen – auch an Fachhochschulen gibt es Drittmittel; wir brauchen sie für Forschungsprojekte, für neue Projekte –, sind nun einmal befristet Beschäftigte der Normalfall. Aber in allen anderen Bereichen brauchen wir schon unbefristete Beschäftigungsverhältnisse. Wenn das Geld da ist, dann machen wir das auch.

An Fachhochschulen ist das vielleicht noch eher ein Luxusproblem, weil unser Befristungsanteil deutlich geringer ist als an den Universitäten, sodass ich da vielleicht die falsche Ansprechpartnerin bin. Aber die Arbeitsverdichtung an Fachhochschulen ist, wie in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, durch die Digitalisierung, durch IT enorm gestiegen. Dass man glaubt, durch IT werde alles besser, ist ein Irrglaube. Die Arbeitsbelastung hat überall zugenommen.

Wenn wir den ganzen Bereich, den ich immer „Third Mission“ nenne, von Nachhaltigkeit über gesellschaftliche Verantwortung, Gesundheitsmanagement, Familienfreundlichkeit, Arbeitsstellen bis hin zum barrierefreien Studium – ich könnte jetzt noch mehr Punkte herunterbeten – finanzieren wollen, dann brauchen wir das Geld dafür. Ansonsten können wir diese Maßnahmen oder Aufgaben nicht wahrnehmen.

Zu der Frage, wie ich die Finanzsituation sehe: Ja, die Verstetigung des Hochschulpakts ist ein Segen. Ich habe mit Freude alle Wahlprogramme auf Landes- und auf Bundesebene gelesen und festgestellt, dass das eigentlich unisono gefordert wird. Ich hoffe, dass es auch so kommt; denn das halte ich für das Mittel, das uns helfen wird.

An der Debatte stört mich ein bisschen, dass immer gesagt wird: Ihr habt ja ganz viel Hochschulpakt. – Wir haben aber nicht nur viel Hochschulpakt, wir haben auch viele Studierende. An meiner Hochschule gibt es 1.250 Studierende. Um die Zahl im Hochschulpakt zu erfüllen – ich muss auf 1.800 kommen –, müssen sich allein 2.400 einschreiben. Die Quote, die im ersten Hochschulsesemester, im ersten Fachsemester daran gebunden ist, stellt uns vor ganz enorme Herausforderungen, sodass wir unsere Einschreibezahlen fast verdoppeln müssen.

Man darf nie vergessen: Am Hochschulpakt hängen auch jede Menge Leistungen, die wir erbringen. Ich meine, in einer Folgeverstetigung müssen wir davon abweichen, dieses absolut hohe Level an Aufnahmen zu fordern. Dass die Studierendenzahlen nach oben gehen und vielleicht auch oben bleiben sollen, das wollen die Hochschulen – sie wollen sich beteiligen –, aber es muss in einem vernünftigen Maß passieren. Sonst ist die Verstetigung nämlich keine Erhöhung, sondern eher eine Verschlechterung. Denn das Geld pro Kopf aus dem Hochschulpakt ist nicht das, was wir eigentlich brauchen, um Studenten auszubilden und die Infrastrukturleistungen zu erbringen.

Zu den Sonderaufgaben und dem, was wir brauchen – Sie hatten ja gefragt, wie wir die Punkte einschätzen und ob ich das beziffern kann –: Ich habe jetzt keine Zahl in der Tasche, wie viel die Hochschulen dafür brauchen. Wir sind gerade bei unserer Haushaltsanmeldung für 2019 und haben das einmal im Schnitt für den Bereich Digitalisierung berechnet. Um es vernünftig zu machen, brauchen wir ungefähr 4 Millionen € im Jahr, unter anderem für die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung, für IT-Sicherheit, Dokumentenmanagement, die Einführung der E-Rechnung. Alles andere ist natürlich ein bisschen ein Skaleneffekt.

Ich würde sagen, wenn wir eine Verstetigung des kompletten Hochschulpaktes erreichen könnten, dann würden wir uns erst einmal etwas relaxter zurücklegen, wobei die Fachhochschulen natürlich immer noch bei ihren Forderungen bleiben, dass der Mittelbau verstärkt und die Lehrverpflichtung reduziert werden muss, entweder indem die Kapazität sinkt oder wir mehr Professorenstellen bekommen.

Dann noch zu der Passage unter dem Punkt „Qualitätsverbesserungsmittel“: Ich könnte mir vorstellen, dass wir schlichtweg ein Wort verdreht haben. Dort steht: „Hierdurch rückt das im NRW-Koalitionsvertrag 2017 formulierte Ziel näher, ...“ Wahrscheinlich müsste es „ab“ heißen. Ich glaube, das ist eher ein Missverständnis.

Prof. Dr. Thomas Grosse (Landesrektorenkonferenz der Kunst- und Musikhochschulen NRW): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst muss ich mich dafür entschuldigen, dass wir als einzige Rektorenkonferenz keine schriftliche Stellungnahme abgegeben haben. Der Grund dafür ist struktureller Art und hängt mit

der Finanzierung zusammen; denn wir können uns keine Geschäftsstelle leisten. Damit können Sie sich schon ungefähr vorstellen, in welche Richtung meine Antworten gehen werden.

Für die Kunst- und Musikhochschulen gilt immer, dass wir versuchen, eine Analogie herzustellen. Das, was bei uns künstlerische Entwicklung ist, findet an den anderen Hochschulen im Bereich Forschung und Wissenschaft statt. Das ist teilweise gut zu vergleichen, teilweise auch ganz anders. Das macht den Spagat immer etwas schwierig. Aber für uns gelten natürlich auch ganz viele Dinge, die meine Vorrednerin eben schon ausgeführt hat.

Auch die Kunst- und Musikhochschulen sind ausgesprochen erfreut über die Verstärkung der Hochschulpaktmittel, die übrigens zum richtigen Zeitpunkt kam und geholfen hat, eine wirklich große Lücke, ein strukturelles Defizit an allen sieben Hochschulen zu verkleinern.

Zum Schließen der Lücke hat es leider nicht gereicht, nicht weil wir so gierig sind, sondern weil es bei uns – das haben wir gerade noch einmal erhoben – seit Ende der Akademiezeit, also seit Ende der 1980er-Jahre, keine nennenswerte Stellenausweitung im Bereich der Verwaltung gab. Es hat einfach in den reinen Stellenplänen an allen sieben Kunst- und Musikhochschulen des Landes so gut wie keine Ausweitung stattgefunden. Das ist natürlich ein Riesenproblem, wenn man sich ansieht, wie sich die Hochschulen in den vergangenen 30, 40 Jahren entwickelt haben.

Insofern stütze ich sehr die Zusammenfassung von Herrn Körner, dass wir wegmüssen von der Drittmittelfinanzierung und der befristeten Finanzierung hin zu einer stärkeren dauerhaften Finanzierung der Kunst- und Musikhochschulen im Land.

Herr Bolte-Richter hat gefragt, ob die Punkte des Antrags so von der Landesregierung getragen werden, wie es angeregt wurde. Für die Landesregierung kann ich nun wahrhaftig nicht sprechen, aber ich kann sagen, dass wir den Gesprächen mit dem Ministerium entnehmen, dass viele dieser Punkte, die teilweise schon von der Vorgängerregierung angestoßen worden sind, tatsächlich weiterverfolgt werden oder unsere Anliegen zumindest ein offenes Gehör finden, was für uns ausgesprochen erfreulich und auch sehr vertrauensbildend ist.

Die Kunst- und Musikhochschulen werden in vielen Bundesförderprogrammen, gerade in Bund-Länder-Programmen, deutlich benachteiligt, noch viel stärker als die Fachhochschulen, weil wir gar nicht auf dem Index dessen sind, was wissenschaftliche Förderung ist. Wenn zum Beispiel Juniorprofessuren für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgeschrieben werden, dann gibt es kein künstlerisches Pendant dazu. Deshalb ist uns eine Forderung ganz besonders wichtig, nämlich dass uns das Land Nordrhein-Westfalen bei der Auflage von entsprechenden Förderprogrammen für Kunst- und Musikhochschulen auch in Richtung der Bundespolitik unterstützt. Das ist etwas, wo wir uns einfach von der Größe des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen her ein entsprechendes Gewicht erhoffen.

Die Frage der Lehrbeauftragten ist bei uns ausgesprochen dringend; das haben Sie schon angesprochen.

Zum Thema „Gute Arbeit“: Im künstlerischen Bereich gerade an Musikhochschulen werden sehr viele Menschen teilweise seit 15, 20 Jahren im Lehrauftrag mit einer festgeschriebenen Obergrenze tatsächlich immer semesterweise beschäftigt und müssen davon ihren Lebensunterhalt bestreiten, ihre Familie ernähren. Sie haben fast einen Status wie Festangestellte, nur zu völlig anderen Konditionen. Das ist eine etwas absurde Konstruktion, weil der ursprüngliche Gedanke, dass der Lehrauftrag dort ergänzt, wo in der Lehre Lücken entstehen und kurzfristig Abhilfe geschaffen werden muss, in der Entwicklung der letzten Jahrzehnte durch eine kontinuierliche Arbeit ersetzt worden ist. Lehrbeauftragte nehmen teilweise Tätigkeiten wahr, mit denen sie in der Lehre und in der Bedeutung der Lehre für die Hochschule eigentlich Hauptamtlichen, teilweise sogar Professorinnen und Professoren gleichgestellt sind.

Hier besteht ein ganz erheblicher Bedarf, auch etwas im Sinne „Guter Arbeit“ zu tun. Das Thema ist im Ministerium anhängig, es gibt eine entsprechende Arbeitsgruppe dazu. Wir hoffen sehr, dass sie zu Ergebnissen kommt, die demnächst auch die Landesregierung davon überzeugen werden, dass man hier tatsächlich nur unter Zuhilfenahme erheblicher Mittel Abhilfe schaffen kann.

Herr Bell hat gefragt: Wo kann der Hochschulpakt noch Möglichkeiten bieten? Über die Unterfinanzierung im Verwaltungsbereich habe ich mich schon ausgelassen. Das ist tatsächlich ein ganz entscheidender Punkt.

Die Befristung von vielen Stellen in der Verwaltung, aber auch in der Lehre führt natürlich dazu, dass unsere gesamte Nachwuchsförderung darunter leidet, dass wir eigentlich keine echte Personalentwicklung betreiben können. Wir können hoch qualifizierte Menschen, die wir über längere Zeiträume beschäftigt haben, einfach nicht in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse überführen. Durch die besondere Entwicklung der Qualitätsverbesserungsmittel in Bezug auf die Kunsthochschulen ist das eine ganz große Schwierigkeit.

Wie Sie alle wissen, weil ich das jedes Mal gerne wieder betone, sind die Qualitätsverbesserungsmittel bei den Kunst- und Musikhochschulen in den vergangenen Jahren gesunken, und zwar in erheblichem Maße, teilweise um die 30 %. Die Stellen, die wir daraus besetzt, geschaffen, eingerichtet haben, können wir teilweise gar nicht mehr finanzieren. Wenn es nicht möglich wäre, wie jetzt, in Zeiten des Globalhaushalts, dort Abhilfe zu schaffen, wären wir schon lange handlungsunfähig.

In diesem Sinne erhoffen wir uns tatsächlich, dass wir stärker an solchen Förder- und Entwicklungsprogrammen partizipieren können und die vor allen Dingen verstetigt werden.

Bernadette Stolle (Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen und Universitätsklinika NRW): In vielem kann ich mich meiner Vorrednerin und meinem Vorredner anschließen; das möchte ich jetzt gar nicht weiter vertiefen. Was die Bewertung der Hochschulpaktmittel angeht, stehen wir voll hinter ihnen.

Ein Problem ist, dass aus den Hochschulpaktmitteln weiterhin alles Mögliche bezahlt werden soll und dass darüber hinaus wenig passiert. Ein paar Dinge hat Frau Salvagno

eben schon angesprochen. Der administrative Aufwand ist auch im wissenschaftlichen Bereich wesentlich höher geworden.

Extrem viele Stellen sind geschaffen worden in den Bereichen Evaluation, Akkreditierung, Studienberatung, Studierendencoaches, Betreuung von Studierenden insgesamt, weil auch die Studierendenschaft heterogener geworden ist. Das ist eine Entwicklung der letzten Jahre. Darauf hat es noch keine Antwort gegeben. Denn Hochschulpaktmittel sind keine Antwort darauf, dabei geht es ja nur um die gestiegene Zahl der Studierenden.

Herr Bolte-Richter hat nach den Impulsen der Landesregierung gefragt. Wir wissen noch nicht so richtig, was die Landesregierung vorhat. Was ich bis jetzt vorliegen habe, ist die Vorstrukturierung eines künftigen Eckpunktepapiers zur Novellierung des Hochschulgesetzes. Darin steht – das ist richtig und wichtig für uns –, dass der Vertrag für gute Beschäftigung erhalten bleiben soll. Das begrüßen wir natürlich sehr. Es hat auch viel Arbeit gekostet, diesen Vertrag überhaupt abzuschließen.

Mit Besorgnis nehmen wir aber wahr, dass die gesetzliche Grundlage gestrichen werden soll. Diese gesetzliche Grundlage war die Basis dafür, dass der Vertrag überhaupt zustande gekommen ist. Es war sehr mühsam, den Vertrag auszuhandeln. Ich war noch öfter bei den Verhandlungen als Frau Salvagno. Wir sind dann letztlich zu einer Vereinbarung gekommen, die ein Kompromiss- und Konsenspapier darstellt. Es bedarf jedoch einer Weiterentwicklung, weil sich zukünftig noch mehr Fragen stellen werden.

Um diese Weiterentwicklung zu fördern, brauchen wir auf der politischen Seite auch weiterhin ein irgendwie geartetes Instrumentarium. Wenn § 34a abgeschafft werden soll, bitte schön. Die Politik bräuchte dann aus meiner Sicht aber irgendein Mittel, um das Ganze trotzdem weiter voranzubringen. Wie das aussehen kann, überlasse ich Ihnen; das kann ich jetzt nicht beantworten. Wenn § 34a wegfällt und es kein politisches Mittel gibt, dann haben wir zwar einen Vertrag, aber die Frage ist, wie dieser Vertrag weiter durchgesetzt wird und welche Durchsetzungsmöglichkeiten sich überhaupt für die Personalräte ergeben.

Damit komme ich gleich zu der Frage von Herrn Bell zum bisherigen Stand der Umsetzung des Kodex „Gute Arbeit“: Es ist sehr unterschiedlich. Ich habe für die Kommission im Ministerium vor Kurzem einen Bericht vorgelegt. Alle Beteiligten haben Berichte vorgelegt. Der Landtag hat sicherlich die Möglichkeit, diese einzelnen Berichte anzufordern. Ich stelle meinen Bericht auch gerne zur Verfügung.

Wir haben eine Befragung aller Personalräte durchgeführt. Die Rückmeldungen waren sehr unterschiedlich. Die Hochschulen haben es bis jetzt sehr unterschiedlich umgesetzt. Sie haben zwar alle gesagt, dass sie es umsetzen wollen, aber das Tempo, was die einzelnen Hochschulen besonders schnell umgesetzt haben oder besonders langsam angehen, gestaltet sich sehr verschieden. Die Themen sind auch sehr unterschiedlich. Ich kann keine allgemeinen Tendenzen auf der Landesebene feststellen. Es haben sich alle auf den Weg gemacht, das kann man klar sehen. Insofern kann ich schon sagen: Die Hochschulleitungen sind nicht unbedingt schlechte Arbeitgeber, aber sie könnten durchaus besser sein.

Was die Auswirkungen der Hochschulvereinbarung angeht, nehmen wir tatsächlich noch eine extreme Zurückhaltung bei den Hochschulen wahr. Ich kann ein positives Beispiel nennen: Meine eigene Fachhochschule, die Fachhochschule Südwestfalen, hat jetzt insgesamt 100 befristete Stellen in unbefristete umgewandelt. Das ist mal ein schönes Beispiel für einen guten Arbeitgeber. Aber das ist noch eine Ausnahme.

Ich habe in der Stellungnahme auch das Beispiel einer Universität, deren Namen ich jetzt nicht nennen werde, dargestellt, an der aus bisher befristeten Lehrkräften für besondere Aufgaben – es sind auch 100 – jetzt Akademische Rätinnen und Räte auf Zeit werden sollen. Es ist also tatsächlich wieder eine befristete Beschäftigung, und zwar ohne soziale Absicherung, wenn dann danach die Arbeitslosigkeit eintritt. Das halte ich nicht für einen Ausdruck von guter Arbeitgeberleistung. Vor dem Hintergrund der Hochschulvereinbarung wäre das auch anders zu gestalten.

Das ist auch das Problem, das ich derzeit insgesamt sehe, wenn sich das Land und das Ministerium mehr und mehr aus der politischen Gestaltung zurückziehen und sagen: Hochschulfreiheit ist das, was wir brauchen, und die Hochschulen machen dann schon das Richtige. – Ob sich dann tatsächlich für die Beschäftigten vor Ort Dinge bessern oder eben auch nicht, ist sehr abhängig davon, wie die jeweilige Hochschulleitungsebene tickt, wie sie drauf ist, wie sie das Ganze umsetzen will.

Wenn im Koalitionsvertrag – das habe ich mit Freude gelesen – davon gesprochen wird, dass auch die jetzige Koalition ein Interesse daran hat, gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen zu installieren, die Beschäftigung zu stabilisieren, dann sollte sich die Landesregierung oder auch der Landtag an der Stelle weiterhin die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme geben. Das ist politische Gestaltung.

Herr Dr. Berger hat gefragt, was im Hinblick auf die aktuelle Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Hochschulen erforderlich ist. Aus meiner Sicht brauchen wir an den Hochschulen Personalplanung, Personalentwicklung und Dauerstellenkonzepte. Diese Baustellen gibt es an allen Fachhochschulen und Universitäten. Gerade im wissenschaftlichen Bereich ist das mehr oder weniger eine Leerstelle. Daran wird teilweise gearbeitet. Inzwischen fordern das auch Geldgeber ein. Aber um es mit Leben zu füllen, muss natürlich noch wesentlich mehr passieren.

Auch noch erforderlich ist – Frau Salvagno hat es schon gesagt –: Wir brauchen eine Finanzierung von Dingen, die eigentlich nicht projektbezogen sind. Bei echten Drittmitteln, wenn gesagt wird: „Du machst jetzt dieses oder jenes Forschungsprojekt“, kann ich noch nachvollziehen, wenn es projektförmig ausgestaltet wird. Bei anderen Dingen ist das schwierig.

Das Masterprogramm für die Fachhochschulen ist gerade schon genannt worden. Etwas mit dem Thema „Lehre“ im Fokus kann aus meiner Sicht eigentlich auch nicht projektgebunden sein. Die Tenure-Track-Professuren – ein Bund-Länder-Programm – können nicht befristet bestehen. Das Geld, das anschließend dafür erforderlich sein wird, soll jetzt den verstetigten Hochschulpaktmitteln entnommen werden – das steht auch schon in der Hochschulvereinbarung – und kann dann eben nicht mehr zur Verstetigung von wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen zur Verfügung stehen.

Frank-Peter Kaup (Landespersonalrätekonferenz Technik und Verwaltung, Hochschulen NRW): Herr Bolte-Richter hat gefragt, welche Forderungen von dem Fünferpaket schon umgesetzt sind. Ich schreibe jetzt einmal meiner Unkenntnis zu, dass ich darüber gar nichts weiß. Das ist mir nicht bekannt. Bekannt ist mir, andersherum geantwortet, dass wir noch keine Studiengebühren haben – noch keine Studiengebühren!

Der Punkt, zu dem ich definitiv etwas sagen kann – das soll jetzt keine Wiederholung sein –, sind die guten Beschäftigungsbedingungen. Da sind wir am Start, auch mit dem Ministerium. Ich glaube, im Februar sitzen wir das nächste Mal mit den Vertretern der Universitäten und Fachhochschulen zusammen. Das hat schon etwas Konstruktives, wenngleich ich sagen will: Da gibt es Luft nach oben. Wir sind noch nicht da, wo wir hinwollen. Aber das hatte eindeutig Auswirkungen, das ist richtig.

Nach wie vor gibt es Baustellen. Auch wir haben eine Abfrage gemacht, wollten zum Beispiel wissen: Steht ihr schon in Verhandlungen mit den Dienststellen? Darauf antworteten 15 von unseren 30 Hochschulen: Nein, wir haben noch nicht einmal angefangen. – Das heißt nicht, dass nichts passiert ist oder dass nicht vielleicht schon vorher etwas da war. Die Wahrnehmung ist vielleicht auch sehr unterschiedlich, was die Aufnahme von Verhandlungen angeht; da will ich jetzt nichts Falsches sagen. Aber es läuft.

Gleichzeitig muss ich sagen: Bei uns ist zum Beispiel in dem Vertrag über gute Beschäftigungsbedingungen der Wechsel von Hochschule zu Hochschule oder aus dem Landesdienst in die Hochschule enthalten. Die Vereinbarung geht in die Richtung, dass eine neue Probezeit nach Möglichkeit vermieden werden soll. An der Front tut sich aber fast gar nichts, es sei denn, ein Beschäftigter agiert so: Wenn ich eine Probezeit habe, komme ich nicht. – Das ist für mich im Moment eine Lösung.

Etwas anderes hatten wir gerade vor Ort: 30 Jahre im öffentlichen Dienst, zu uns gewechselt und dann Probezeitkündigung. – Das war es. So einfach geht das. Das sind Fakten, die einfach da sind. Da gibt es keine Lösung.

Das Gesundheitsmanagement ist über den Vertrag ins Rollen gekommen. Seit Bestehen des Vertrages hat sich das aufgebaut, aber auch nicht überall. Es tut sich etwas, wie gesagt, mit Luft nach oben.

Die RWTH Aachen ist da natürlich ein bisschen weiter vorne, weil sie als 40:60-Universität – 40 % Grundfinanzierung, 60 % Drittmittelfinanzierung – noch ganz andere Probleme hat als vielleicht eine eher klassische Universität. Die sind schon so weit, dass sie jetzt versuchen, weil es im Drittmittelbereich immer eine Befristung gibt, Rücklagen aufzubauen. Normalerweise wären Drittmittelbeschäftigte nach dem Ende eines Projektes raus und würden für das nächste wieder eingestellt. Durch Rücklagen in den Fachbereichen könnte man so Beschäftigungslücken überbrücken. Es gibt Konzepte.

Beim letzten Treffen der Arbeitsgruppe „Gute Arbeit“ im Ministerium haben wir vereinbart: Lasst uns einmal Good Practice, Best Practice machen, lasst uns in den Austausch miteinander treten. – Das war meine Anregung an die Hochschulen. Was habt ihr, was haben die anderen noch nicht? Unter dem Strich würde ich sagen: Das ist positiv, aber es kann noch viel passieren.

Die sachgrundlose Befristung ist immer noch ein Thema. Da ist kein Ende abzusehen, obwohl es auch Gründe gibt – punktuell –, sie zu nutzen. Das wird meistens im Zuge von Krankheitsvertretungen gemacht. Dann sehen wir das auch ein, und der Personalrat stimmt sogar zu.

Langjährige Befristungen sind auch ein Thema, das – einige Hochschulen haben es schon gesagt – spätestens nach fünf Jahren auf den Prüfstand kommen soll. Dann muss entschieden werden, wie es weitergeht. Die Tendenz sollte natürlich die Entfristung sein. Das geschieht aber nicht überall. Teilweise engagieren sich die Personalräte und fordern Listen an. Sie fragen: Langjährig befristet? Was ist denn los? – Sie gehen aktiv auf die Dienststelle zu. Das sind die Baustellen.

Das Dauerstellenkonzept wurde schon genannt. Ich wüsste jetzt keine Hochschule – ich lasse mich aber gerne korrigieren –, die ein Dauerstellenkonzept hat. Meine Universität in Münster hat auch keins. Sie plant das. Insofern ist für uns als Personalräte auch schwer zu verfolgen: Was ist aus Sicht der Dienststelle eine Dauerstelle, und was ist befristet? Wo könnte sie etwas tun, wo hat sie noch nichts getan? Da hängen wir ein bisschen hinterher. Es gibt dieses Konzept nicht.

Positiv zu benennen ist: Die Universität Münster gibt es seit Anfang des 20. Jahrhunderts, und sie hat seit einem halben Jahr ein Personalentwicklungskonzept. Hurra! Das hatten wir vorher auch nicht. Ich finde es erst einmal positiv, dass wir es haben – immer unter der Überschrift „Gute Arbeit“. Warum haben wir das? Man wollte die „Wanka-Professuren“ haben, und dafür brauchte man ein Personalentwicklungskonzept. Das heißt, im Sommer 2017 ist da etwas zusammengezimmert worden, was gar nicht schlecht ist. Aber das war der eigentliche Anlass. So sieht es an meiner Hochschule aus, was „Gute Arbeit“ angeht.

Was ist schon passiert, was könnte noch passieren? Die mittelfristige Finanzplanung ist auch ein Punkt, den wir bei uns schon umsetzen. Sonst könnte man ja immer sagen: Ich betrachte ein Jahr, weil ich nicht weiß, welche Drittmittel ich im nächsten Jahr habe. – Bei uns wird das über fünf Jahre hochgerechnet, teilweise noch länger. Man macht eine mittelfristige Finanzplanung und gibt den Fachbereichen dann auch Garantien über das Jahr hinaus, sozusagen immer für fünf Jahre im Voraus: Das ist das, was ihr mit Sicherheit habt. – Es ist eine konservative Schätzung, die aber funktioniert. Auch das gibt schon wieder finanziellen Spielraum für Entfristung, wenn es denn passiert.

Das alles sind Dinge und Mittel, die im Kontext „Guter Arbeit“ gesehen werden, die teilweise gemacht werden, aber noch nicht so richtig um sich gegriffen haben. Da würde ich mir einen besseren Austausch unter den Hochschulen wünschen.

Dann zur Frage der CDU nach der aktuellen Situation der Mitarbeiter: Einige Mitarbeitergruppen haben wir teilweise gar nicht mehr, bzw. wir haben Schwierigkeiten, sie zu bekommen. Das gilt für IT-Leute und ebenso für Ingenieure. Ich glaube, darüber wundert sich jetzt niemand. Das dürfte an vielen Hochschulen oder im öffentlichen Dienst generell genauso sein. Wir entwickeln das teilweise intern. Dem muss dann aber auch noch die Bezahlung folgen. Wenn man einen Techniker schult, der anschließend Ingenieur Tätigkeiten übernimmt, zahlt ihm aber weiterhin sein Technikergehalt, dann ist er auf Dauer nicht zufrieden. Das ist eine echte Baustelle.

Ich habe vorhin über Personalentwicklung geredet. Die ist häufig auf die Zentralverwaltung begrenzt. Dass sie sich so richtig über die Fachbereiche ausrollt, ist häufig nicht gegeben. Das ist ein weiteres Problem.

Aufgrund der Befristung haben wir natürlich einen steten Wechsel. Unser Personalrat in Münster könnte zum Beispiel mit fünf Leuten, wenn wir das machen würden, gerade mal die Vorstellungsgespräche komplett abdecken. Dann hätten wir aber noch nichts anderes getan. Die Leute gehen, dann braucht man wieder neue. Man schreibt aus, Befristung, steter Wechsel. Es zieht sich so durch. Das ist natürlich keine gute Grundlage für eine anständige Arbeitsorganisation.

Die Frage der SPD zu den Auswirkungen des Vertrages ist, meine ich, beantwortet.

Die Koppelung von Grundfinanzierung und Entfristung würden wir schon gerne sehen. Das gäbe uns Sicherheit.

Ein Dauerstellenkonzept haben wir noch nicht. Ich kenne auch keine Hochschule, die eins hat. Dann hätte man eine gewisse Kontrollinstanz, was einen Stellenaufbau und die Einschätzung der Stelle angeht. So etwas haben wir nicht. Wir können es nicht nachhalten. Deswegen wäre es schön, wenn eine bestimmte Instanz sagen würde: Wir geben Geld, aber dafür passiert auch etwas Bestimmtes.

Prof. Dr. Thomas Stelzer-Rothe (Hochschullehrerbund NRW): Mir ist durch die Antworten der anderen jetzt schon so viel durch den Kopf gegangen, dass ich aufpassen muss, dass ich nicht zu sehr von dem abschweife, was ich eigentlich sagen wollte.

Herr Bolte-Richter hat gefragt: Ist schon alles erledigt? Schön wäre es. Das ist einer der Punkte, bei denen ich sage: Hoffentlich ist etwas an mir vorbeigegangen. – Ein bisschen was ist natürlich schon erledigt, keine Frage. Das haben wir gerade gehört. An einigen Stellen hat sich etwas in die richtige Richtung getan. Das betrifft vor allen Dingen auch die Reduzierung von zeitlich befristeten Stellen.

Ich gehe trotzdem systematisch vor und werde die zweite Frage von Herrn Bolte-Richter beantworten, die in etwa lautete: Gibt es Alternativen zu dem, was in dem Antrag benannt wurde? Da heute kein Vertreter der Landesrektorenkonferenz der Universitäten anwesend ist, kann ich die Antwort umso besser geben.

(Heiterkeit)

Wir müssen schon schauen, ob die Ressourcen gerecht verteilt sind, und zwar nicht nur innerhalb der Fachhochschulen; das ist, glaube ich, ganz in Ordnung. Aber wir sollten daran denken, dass die Fachhochschulen in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übernommen haben. Bei der hohen Lehrbelastung von 18 Semesterwochenstunden ist das eigentlich ein Unding, wenn man daran denkt, was Fachhochschulen heute zusätzlich leisten und leisten sollen, nämlich Forschung und Entwicklung, und zwar in erheblichem Umfang. Denn die Grundfinanzierung der Hochschulen ist nicht so gut ausgestattet, dass man wirklich ohne Drittmittel auskommt.

Wir brauchen eine Gerechtigkeit. Die Alternative wäre, ernsthaft darüber nachzudenken, ob man noch etwas mehr von den Universitäten an die Fachhochschulen umschichtet. Es sind schon Stellen umgeschichtet worden bzw. sollen umgeschichtet

werden; das ist schon lange klar. Ich denke, es muss sein, dass bei gestiegenen Studierendenzahlen und mehr Aufgaben, die wir übernommen haben, in Zukunft noch mehr Stellen von der Universität umgeschichtet werden.

Wer den jungen Kollegen an den Fachhochschulen – das ist ganz wichtig, das hat auch im Bereich der Professorinnen und Professoren etwas mit „Guter Arbeit“ zu tun –, die in der W-Besoldung jeweils ihren 150 € Erhöhung hinterherhecheln, immer mehr Arbeit aufbürdet, riskiert, dass sie über kurz oder lang einen Burn-out haben. Das ist ein Problem, das nach meiner Einschätzung nicht zur Kenntnis genommen wird.

Wir haben schon 2015 in einer Untersuchung herausgefunden, dass 30 % der Kolleginnen und Kollegen an den Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen das Thema „Mobbing“ an ihrer Hochschule beobachten, also Ressourcenkämpfe, die zu Konflikten führen und die in den Organisationen nach unserer Auffassung nicht angemessen ausgetragen werden. Das hat Folgen. Wer das nicht berücksichtigt, vernachlässigt seine Fürsorgepflicht. Das betrifft nicht nur das Land, sondern das betrifft vor allen Dingen auch die einzelnen Präsidien an den Fachhochschulen.

Die Alternative ist, darüber nachzudenken, wie wir an diesen Stellen der Hochschulen ein professionelles Konfliktmanagement herstellen oder Ressourcen so transparent verteilen, dass keine negativen Folgewirkungen entstehen. Das ist ein Teil des Problems. Es passiert sehr viel intransparent. Das haben wir auch in einer anderen Untersuchung herausgefunden. Die Frage, wie transparent eigentlich Entscheidungen sind, wird von 80 % der Befragten mit „nur teils, teils gut“ oder sogar mit „schlecht“ beantwortet. Da gibt es eine Menge Dinge, die man tun kann.

Den Mittelbau zu verstärken, wird von Frau Stolle natürlich vehement gefordert. Das hat aber auch etwas mit den Professorinnen und Professoren zu tun. Dauerstellen im Mittelbau als faire Beschäftigung, als „Gute Arbeit“ sind notwendig, damit Hochschul-lehrer und Hochschullehrerinnen delegieren können. Das wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass man Leistung erbringen kann. Ich denke, in der Realität entspricht die Ausstattung der Fachhochschulprofessuren bei Weitem nicht dem, was von uns verlangt wird. Deshalb ist dort auch eine Förderung im Mittelbau notwendig.

Professuren müssen auf mittlere Sicht selbstverständlich auch entlastet werden. Das sind keine unrealistischen Forderungen. Ich denke, wir müssen über 16, 14 irgendwann einmal an zwölf denken; die Lecturer an Universitäten haben 13 SWS. Das wäre für die Fachhochschulen mindestens eine Zielgröße.

Zu der Frage von Herrn Bell nach den Auswirkungen „Guter Arbeit“ – dazu haben wir bereits ein bisschen gehört –: Ja, die sind schon da, und das sollte man weiterverfolgen. Ich kann mir vorstellen, dass es insbesondere über die Reduzierung der befristeten Arbeitsplätze auch im Fachhochschulbereich Stellen gibt, die zur Qualifikation notwendig werden, gerade dann, wenn Fachhochschulen auch promovieren. Dafür ist eine zeitliche Befristung natürlich in Ordnung.

Darum herum, insbesondere bei den Laboren, ist eine Verstetigung von hoher Bedeutung, eine qualitativ hochwertige Arbeit, die dort geleistet wird, weil ansonsten auch viele Gefahren lauern. Es ist absolut notwendig, dass wir da etwas tun.

Zu der Frage nach den Drittmitteln ganz allgemein: Herr Seifen, Sie hatten darauf hingewiesen, dass die Hochschulleitungen an Drittmitteln interessiert sind. Das ist auch ganz klar, weil die Drittmittel an den Hochschulen zu einem Teil in einen Fonds laufen, über den die Hochschulleitungen Spielraum haben. Insofern sind sie natürlich eher daran interessiert, auch private, nichtöffentliche Drittmittel einzuwerben. Das ist verständlich.

Ob das notwendig ist, weiß ich nicht. Wenn man den Grundsatz einhält, dass die Grundfunktionen auch von einer Grundfinanzierung gedeckt sind, dann müssen wir diesen Drittmitteln nicht unbedingt hinterherhecheln. Insofern würde ich einmal Ernst machen. Die Frage ist: Welchen Stellenwert haben Fachhochschulen im Wettbewerb der Hochschulen, in der Aufteilung der Aufgaben, die die Hochschulen übernommen haben? Diese Funktion ist deutlich gestiegen. Deshalb brauchen wir mehr Ressourcen. Deshalb ist die Verstetigung der Mittel ausgesprochen wichtig.

Bei aller Verstetigung meine ich, die Regierung, das Parlament, die Hochschule müssen in der Lage sein, auf Besonderheiten zu reagieren. Es ist notwendig, immer auch über die Grundfinanzierung hinaus Möglichkeiten zu schaffen, besondere Forschungsprojekte einzurichten. Es braucht also finanziellen Spielraum.

Vielleicht ist das ein Hinweis darauf, dass die finanzielle Ausstattung der Hochschulen im gesamten Landeshaushalt überdacht werden müsste. Auch dort ist der Kampf um die Ressourcen außerordentlich wichtig.

Ich kann nur das unterstützen, was der Kollege aus der Sicht der Mitarbeiter zur Förderung im Bereich der Personalentwicklung gesagt hat. Hochschulen brauchen eine Verstetigung der Mittel in der Personalentwicklung, in der Organisationsentwicklung, in der Förderung spezieller Maßnahmen für Professorinnen und Professoren, aber auch für alle anderen, die im Hochschulsystem sind. Das können wir nur nachhaltig unterstützen.

Katrin Lögering (Landes-ASten-Treffen NRW): Auch von unserer Seite ganz herzlichen Dank für die Einladung. – Vielen der von den Vorrednern schon angesprochenen Punkte können wir uns anschließen.

Zunächst einmal zu der Frage, ob alle Forderungen derzeit schon umgesetzt sind: Das können wir nicht feststellen. Bessere Studienbedingungen, bessere Betreuungsrelationen sind Themen, wie wir alle im Wahlkampf gehört haben, die die neue Regierung gerne in Angriff nehmen würde. Da sind uns bisher nicht sehr viele Punkte aufgefallen, die verbessert worden sind. Viele Punkte der Vorgängerregierung wurden fortgeführt, aber der große Wurf ist uns da noch nicht untergekommen.

Weiterhin wird in den Qualitätsverbesserungskommissionen immer noch gefordert, dass zum Beispiel für verpflichtende Praktika in der Chemie, was eigentlich grundlegende Lehre sein sollte, die Chemikalien aus den Qualitätsverbesserungsmitteln bezahlt werden. Daher sehen wir nicht, dass alles schon in einem wundervollen Zustand ist.

Die Frage, welche begleitenden Maßnahmen es geben müsse, damit die Studienqualität im Mittelpunkt steht, ist ziemlich umfangreich. Zunächst einmal wäre es sinnvoll, dass die Hochschulen generell Planungssicherheit bei ihren Finanzen erhalten, so-

dass die Veranstaltungen, die teilweise in den Modulhandbüchern stehen, wirklich fortgeführt und über die Jahre weiter angeboten werden können. Eine Ausfinanzierung der Hochschullandschaft vor allem über die Stellschraube Lehre können wir uns gut vorstellen.

Auch die Dynamisierung der Qualitätsverbesserungsmittel ist für uns sehr schön, weil es relativ logisch ist, dass so etwas an die Studierendenzahlen gebunden sein muss. Die 249 Millionen €, die im Gesetz stehen, hielten wir noch nie so richtig für auskömmlich.

Interdisziplinäre Forschung, dass die Studierenden nicht nur den Fokus auf ihren eigenen Studienbereich legen, sondern sich auch nach links und rechts umschauchen können, und generelle Einbeziehung der Studierenden in die Debatten fänden wir sinnvoll.

Auch die Digitalisierung der Lehre ist ein Punkt, der an den Hochschulen jeweils unterschiedlich fortgeschritten ist.

Sicherheit für Mitarbeiter ist natürlich eine sinnvolle Geschichte, keine Kettenverträge, sondern eine Verstetigung. Es würde auch die Bedingungen für die Studierenden verbessern, wenn sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten wohlfühlen und nicht bangen müssen, ob sie am nächsten Tag noch einen Job haben. Auch so etwas ist schon vorgekommen.

Was generell unsere kritische Einschätzung gegenüber finanzieller Steuerung angeht, kann ich Sie beruhigen, Herr Bell. Wir sind nicht komplett gegen Drittmittel bzw. gegen leistungsorientierte finanzielle Steuerung. Wir sind allerdings gegen eine Steuerung über Knappheit bzw. gegen Konkurrenzsituationen an den Hochschulen. Es passiert teilweise, dass die Fakultäten in den MINT-Bereichen über die Fakultäten in den Geisteswissenschaften sagen: Das sind doch die „Bleistiftquetscherfakultäten“; die brauchen ja gar keine finanziellen Mittel, um ihre Forschung vernünftig fortzuführen. – Solche Konkurrenzsituationen sind natürlich aus der Unterfinanzierung von Hochschulen entstanden. Die Gelder werden dann an den Hochschulen teilweise nach merkwürdigen Modellen verteilt. Gegen solche Dinge sprechen wir uns aus.

Zu der Frage nach den Masterstudienplätzen: Generell herrscht an vielen Orten bzw. in Studienbereichen immer noch ein sehr hoher Numerus clausus vor bzw. Zulassungsbeschränkungen, was zu einer Knappheit an Masterstudienplätzen führt. Solange diese Notfallsteuerung besteht, gibt es zu wenige Masterplätze; das ist relativ logisch.

Zu der Frage von Herrn Körner, wie wir uns hinsichtlich der letzten Regierung positionieren bzw. warum diese Forderungen nicht früher kamen: Es ist eigentlich immer unsere Aufgabe, Dinge, die umgesetzt werden, kritisch zu hinterfragen. Viel Gutes wurde auch auf den Weg gebracht. An mancher Stelle ging das für uns Studierende natürlich nicht weit genug. Deshalb möchten wir kritisch hervorheben, dass die Forderungen theoretisch auch von der Vorgängerregierung schon hätten angegangen werden können.

Ulrich Müller (Centrum für Hochschulentwicklung): Herr Bolte-Richter, die Frage, ob die Landesregierung alle Punkte umgesetzt hat, kann ich schlicht und einfach nicht beurteilen, weil ich denen zum Glück nicht auf der Schulter sitze.

Sie fragten dann, ob es eine systematische Benachteiligung der ehemaligen Gesamthochschulen gegenüber den Universitäten gebe, was die Grundmittel angeht. Das haben wir bisher schlicht und einfach nicht untersucht. Ich bin nicht in der Lage, dazu eine faktengestützte Äußerung zu tätigen, und meine Meinung hilft ja hier auch nicht viel weiter. Mir sind keine Fakten bekannt, dass dem so wäre, was nicht heißt, dass es nicht so ist.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Wir liefern Fakten!)

– Okay. Ja, schön. Die spannende Frage ist doch: Wie bemessen sich die Grundmittel? Sind sie ebenfalls indikatorgesteuert – meinetwegen nach Studierenden in Regelstudienzeit; dann kann man es transparent nachvollziehen anhand der Frage, wie viele Professorinnen und Professoren beschäftigt sind, dann hat man Fakten als Grundlage –, oder ist es einfach eine Fortschreibung historischer Budgets? Das wäre eine andere Sache.

Herr Bell, Sie fragten hinsichtlich des lebenslangen Lernens, ob die Unterscheidung zwischen konsekutiv und weiterbildend in der Tat anachronistisch sei. Wir sind der festen Auffassung, dass das so ist. Man muss sich doch nur einmal in die Anfangsjahre des Bologna-Prozesses zurückversetzen. Es war eine Urintention, mit der Einführung von Bachelor und Master eine Sollbruchstelle zu schaffen. Man sagte: Nicht jeder muss den Standardweg gehen, also unmittelbar, ohne Pause nach dem Bachelor am selben Ort, an derselben Universität und in demselben Fach den Master machen.

Die Idee war schon, auch einen Raum für erste Berufserfahrungen zu schaffen. Nach ein paar Jahren im Job will dann auch nicht jeder unmittelbar zurück an die Universität, sondern will vielleicht fachlich eine andere Nuance setzen, einen anderen Studienort ausprobieren oder berufsbegleitend studieren, um eine ganz enge Verbindung in die Praxis zu haben. Wir würden das sehr begrüßen. Das ist etwas, was die Studierenden auch wünschen.

Man muss nur einmal zur Seite schauen, was die privaten Hochschulen machen. Das sind die mit den innovativen Angeboten, was das Fächerspektrum angeht. Sie kombinieren traditionelle Fächer, sie schaffen Schnittstellen.

Es gibt da zwei Extrembewegungen: einerseits in Richtung Spezialisierung, andererseits in Richtung genereller Kompetenzen. Die staatlichen Hochschulen haben nicht – ich will nicht sagen, dass sie nicht einfallsreich sind – die Rahmenbedingungen, in der Weiterbildung – derzeit zählen solche Dinge zur Weiterbildung – zu reüssieren, weil sie das mit ihren Modalitäten einfach nicht können. Wir würden es für sehr sinnvoll halten, wenn die staatlichen Hochschulen hier mitmachen würden. Die Nachfrage ist da. Dann müssten aber die Rahmenbedingungen, die der Landesgesetzgeber setzt, geändert werden.

Ich denke, es ist das Studienmodell der Zukunft, nach dem Bachelor in den Beruf zu gehen und dann flexibel – in Teilzeit, berufsbegleitend – etwas zu machen. Man muss sich wirklich verabschieden von dem Gedanken, dass man ein paar Jahre lernt und dann bis zur Rente arbeitet. Das war einmal, das ist nicht mehr so. Man lernt immer und hoffentlich auch an der Universität und der Fachhochschule.

Zu der Frage nach der Grund- und Programmfinanzierung und einer Evaluation des Gesamtsystems: Wenn man es ganz stark zuspitzt, gibt es zwei Grundphilosophien. Die eine heißt: Gebt den Hochschulen bitte das Geld und vertraut Ihnen, lasst sie machen. Die andere Philosophie ist: Das ist staatliches Geld; ihr müsst gucken, was sie damit machen, und ihr müsst Vorgaben machen. – Beide Extremszenarien sind in der Praxis nicht sinnvoll.

Die Grundidee, wie NRW hier vorgeht, ist eigentlich gar nicht schlecht, nämlich zu sagen: Wir haben eine Grundfinanzierung, das ist die Basis. Das ermöglicht es einer Hochschule überhaupt, zu leben und den ganzen „Möhren“ hinterherzurennen.

Dann gibt es natürlich eine Belohnung für vergangene Erfolge, das ist die LOM. Es gibt eine Anreizwirkung auch im zweiten Feld wettbewerblicher Art über Zielvereinbarungen. Man sagt: Wir ermöglichen zukünftige Entwicklungen. – Das ist von der Grundlogik her durchaus überzeugend. Ob es in der Praxis funktioniert, das wäre in der Tat einen genaueren Blick wert. Wenn man sich allein die schiere Anzahl der Zielvereinbarungen ansieht, habe ich meine Zweifel, ob das eine optimale Umsetzung ist und ob die Zielvereinbarungen – ganz vorsichtig ausgedrückt – immer auch profilspezifisch dehnbar sind. Da bin ich mir nicht ganz sicher.

Man könnte sicherlich genauer hinschauen, ob die Hochschulen ermutigt werden, eigene Schwerpunkte zu setzen, oder ob doch eher wenige Themen landesseitig vorgegeben werden, die dann alle ganz brav hineinschreiben und auch verfolgen. Aber das würde den Hochschulen natürlich die Möglichkeit nehmen, vor dem Hintergrund ihrer eigenen Stärken, dem Umfeld, in dem sie sich bewegen, ihrer Konkurrenzsituation ihr eigenes Profil zu entwickeln.

Wer den Staat gerne in einer Rolle des Zielvorgebens, des Anreizsetzens sehen will, der darf sich auch die Frage stellen, wie der Staat zu seinen Zielen kommt. Das ist eine ganz spannende Frage. Wer entscheidet da was? Wie viele Ziele kann ein Land haben? Es ist nicht einfach, das auch über das ganze Land hinweg ausdifferenziert zu betrachten. Auf welcher Ebene soll man da schwimmen? Auf welcher Flughöhe ist man da?

Das beste Steuerungsmodell ist nur so viel wert wie die Fähigkeit eines Landes, auf adäquate Weise Ziele zu setzen, sprich: nicht völlig abstrakt, dass alles darunterpasst, aber auch nicht so konkret, dass die Hochschulen keine Wahl mehr haben. Das ist die große Kunst, um die ich niemanden beneide.

Dann haben Sie die Prognose der Studierenden angesprochen. Sie haben die Grafiken vorliegen. Dieses Mal haben wir in der Tat einen anderen Ansatz gefahren. Die klassische Variante bei den Prognosen war – das hat auch die KMK immer gemacht –, einfach die Zahl der Studienberechtigten zu nehmen. Das geht inzwischen nicht mehr, einerseits aus methodischen Gründen – das ist einfach nicht mehr sinnvoll, weil sich die Lage sehr stark ändert; man kann auch ohne Abitur studieren, es gibt andere Studienberechtigungen –, andererseits liegen keine adäquaten Daten seitens der KMK vor.

Wir haben dieses Mal einen Schwenk gemacht und nicht mehr die Berechtigung in den Blick genommen, sondern die Bildungsneigung je nach Alterskohorte. Wir haben zwei

Szenarien gefahren, zum einen ein konservatives, das mit einer konstanten Bildungsbeteiligung rechnet, zum anderen ein etwas progressiveres, das von einer Steigerung ausgeht. Bisher waren alle Prognosen eher zu vorsichtig.

Deswegen tendiere ich persönlich eher zum zweiten Szenario und würde sagen: Ja, wir sollten eher das zur Grundlage nehmen, weil es sehr deutlich macht, dass die Grenze von 2005, dieses Basisszenario, auch auf lange Sicht nicht mehr unterschritten wird. Wir haben also keinen Studierendenberg, sondern bis 2029 oder 2030 wieder ein kleines Absacken. Aber wir bleiben auf einem sehr hohen Niveau in NRW, was eine gute Nachricht ist. Wir müssen uns entsprechend darauf einstellen.

Das zweite Szenario rechnet, wie gesagt, mit einer steigenden Bildungsbeteiligung. Wir haben es an bestimmten Punkten gekappt. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass es so kommt, aufgrund der zu beobachtenden Akademisierung von ganzen Berufszweigen, wo es derzeit auch kein Halten gibt. Es wird sicherlich auch Grenzen geben, wo das nicht mehr sinnvoll ist. Nicht jeder muss studieren, aber inzwischen hat fast jeder die Chance, zu studieren. Das muss man im Kopf haben, das muss man einplanen.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank für die Antworten. – Jetzt kommen wir zu weiteren Nachfragen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Professor Dr. Grosse, Frau Stolle und Herr Kaup, die Frage der Lehrbeauftragten treibt uns ja wirklich um. Soweit ich weiß hat die neue Landesregierung den Faden aufgenommen; Sie haben die Arbeitsgruppe angesprochen. Die hat bislang vier- oder fünfmal getagt, ist aber nicht zu einem Ergebnis gekommen, weil es auch unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt. Jetzt sollen Rechtsgutachten vorgelegt werden. Wann rechnen Sie damit, dass wir eine Vorlage haben – auch das Parlament –, um zu entscheiden, wie damit umzugehen ist? Denn das kann ja unter Umständen, je nachdem, wie sich Rechtsauffassungen dann auch bestätigen, zu einem erheblichen finanziellen Aufwand führen. Ob die Betroffenen im Sinne von § 55 Hochschulrahmengesetz erfasst sind oder ob sie lange nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, ist in der Tat eine sehr grundlegende Frage, die zu entscheiden ist. Gibt es da aus Ihrer Sicht eine zeitliche Perspektive? Bis wann müsste das Problem eigentlich gelöst sein?

Frau Salvagno hat darauf hingewiesen, dass die Kanzler und Kanzlerinnen natürlich unter bestimmten Zwängen stehen, was die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen angeht. Auf der anderen Seite haben Frau Stolle und Herr Kaup sehr deutlich gemacht, was für ein „schwerer Tanker“ das Ganze ist und dass sich auf der Grundlage des Rahmenkodex die Dinge bewegt haben. Herzlichen Glückwunsch, dass auch altherwürdige Einrichtungen jetzt Personalentwicklungskonzepte haben!

Was passiert, wenn die Rechtsgrundlage, wie angekündigt, wegfällt? Was gibt es dann in diesem „schweren Tanker“, der sich ja gerade erst an bestimmten Stellen bewegt hat? Wohin geht es dann? Stoppt dann das, was jetzt angefangen wurde? Wird es rückabgewickelt? Was für eine Prognose haben Sie? Was ist dann aus Ihrer Sicht wirklich nötig? Frau Stolle, Sie haben gesagt, es sei politische Gestaltungsaufgabe, da

etwas Wirksames vorzulegen. Wie soll es denn aussehen, wenn es der Rahmenkodex nicht sein soll?

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Herr Professor Dr. Stelzer-Rothe, das Thema „Studienbeiträge/Studiengebühren“ ist nur gestreift worden – es ist auch nur eine von mehreren Forderungen in dem Antrag –, in der Berichterstattung vor dieser Anhörung aber sehr intensiv behandelt worden. Das ist auch gut so, weil es ja ein interessantes Thema ist. Es beschäftigt uns hier immer wieder.

Ich habe mir Sie herausgesucht, Herr Professor Dr. Stelzer-Rothe, weil ich einen Satz in Ihrer schriftlichen Stellungnahme ganz interessant fand. Sie haben Studiengebühren selbst dann als problematisch bezeichnet, wenn es Ausgleichsinstrumente gibt. Da in der ganzen Diskussion immer wieder aufkommt: „Wir machen das Ganze sozial abgedeckt; nur ganz wenige sind betroffen, alles wird super“, finde ich es spannend, dass Sie sagen: Das ist grundsätzlich problematisch, auch wenn es soziale Ausgleichsinstrumente gibt. – Wie kommen Sie zu diesem Punkt?

In diese Thematik möchte ich auch noch Frau Lögering einbeziehen, weil Sie gerade derart heftig genickt haben, dass ich das als Bewerbung für eine Frage interpretiere.

Helmut Seifen (AfD): Frau Salvagno und Herr Professor Dr. Stelzer-Rothe, Sie sprachen von den zunehmenden Anforderungen, die auf die Fachhochschulen zugekommen sind. Geht es da mehr um extensives Wachstum oder um Intensität oder möglicherweise um beides? – Erstens.

Zweitens. Bei Finanzierung denkt man immer daran, mehr Geld in ein System hineinzubringen, um Dinge möglich zu machen und die Handelnden angemessen zu entlasten. „Angemessen“ heißt, dass zum Beispiel kein Burn-out vorkommt. Das ist auch mehr als verständlich. Meine Frage knüpft an die erste Frage an – extensiv, intensiv, Wachstum –: Sehen Sie von sich aus Möglichkeiten, Ihre Hochschulen zu entlasten, indem Sie etwa Anforderungen und Aufgabenbereiche zurückschrauben, ohne natürlich die Qualität zurückzuschrauben? Gibt es vielleicht Anforderungen, die an Sie herangetragen werden, die möglicherweise systemfremd sind? Oder gibt es vielleicht Anforderungen, die Sie selbst zu sich herangezogen haben, bei denen Sie sehen, dass eine Entlastung ohne Qualitätseinbußen möglich wäre?

Vorsitzender Helmut Seifen: Wir kommen dann wieder zu den Antworten der Experten.

Loretta Salvagno (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen NRW/Konferenz der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen NRW): Ich starte mit dem Rahmenkodex und bin der Meinung, dass das Rad kaum noch zurückzudrehen ist. Wir haben jetzt so viele intensive Gespräche über den Rahmenkodex geführt, mehr geht gar nicht. Das wäre ein Thema, bei dem man wirklich Zeit sparen könnte, indem man solche Prozesse schlanker gestaltet.

Wenn man ein Instrument haben will, dann kann man das relativ einfach schaffen. Wir haben Hochschulverträge. Das könnte man zwischen Land und Hochschulen – was

immer wir beschließen werden, es bekommt ja alle vier Jahre einen neuen Namen; irgendein Instrument wird es geben – vereinbaren.

In der Folge – so bin ich zumindest mit meinen Personalräten im Gespräch – kann man das dann über individuelle interne Vereinbarungen viel besser regeln, weil man auf das wissenschaftliche Personal, auf das Personal in Verwaltung und Technik eingehen kann. Die Dinge sind durchaus unterschiedlich zu sehen. Man kommt zu unterschiedlichen Verträgen, weil die Bedarfslagen auch verschieden sind.

Ich glaube, dass die Hochschulen das hinbekommen werden, wobei wahrscheinlich gleich der Einwand kommt: Es ist ein schönes Ziel, aber das werden nicht alle machen. – Ich kann im Moment natürlich nur für alle Fachhochschulen sprechen, weil wir uns dazu committed haben.

Zu Ihrer Frage, wie die qualitative bzw. quantitative Ausweitung zu sehen ist: Ich glaube, einsparen können wir kaum etwas. Bürokratieabbau wäre in vielen Dingen sicherlich wünschenswert, ist aber durch EU-Vorgaben, durch neue Gesetze kaum machbar. Die Aufgaben sind intensiver geworden, und wir sind gewachsen – wir wahrscheinlich mehr als die Universitäten.

Damit möchte ich noch einmal auf den Punkt kommen, den ich vorhin vielleicht vergessen habe. Wir haben uns ja dazu bekannt, zu wachsen. Irgendwann in der letzten Legislaturperiode haben wir zu unserer 40-Jahr-Feier – ich weiß gar nicht, ob das ein Geschenk oder ein Übel war – gesagt bekommen, dass wir mit den Studienplatzkapazitäten auf 60:40 gehen sollten. Dazu haben wir Hochschulen uns bekannt in der Hoffnung, dass dem Ziel dann auch die Möglichkeiten folgen, um es zu erreichen. Das setzt aber eine erhebliche Umschichtung voraus.

Wir haben dann 140 Stellen bekommen. Das sind im Moment leere Stellenhülsen ohne Finanzierung, weil wir die jetzt aus dem Hochschulpakt stemmen sollen. Das mag auch bis 2020 noch okay sein. Aber ich habe niemanden gehört, der noch Stellen von Universitäten an Fachhochschulen verlagern möchte. Das ist vom Tisch. Darum müssen zumindest diese 140 Stellen ab 2021 abgesichert werden. Es wäre ein grober Vertrauensbruch im Hinblick auf die Leistungserbringung, wenn das nicht kommen würde.

Wenn man mehr möchte, dann muss man mehr Geld in die Hand nehmen, ohne dass wir Dinge wie einen Burn-out von Professoren bei 18 Semesterwochenstunden Lehrverpflichtung und Forschung aus den Augen verlieren. Aus meiner Sicht sind die Aufgaben sowohl von der Expansion als auch von der Intensität her da, und sie werden auch nicht abnehmen. Es gibt vielleicht ganz wenige Stellschrauben, bei denen man durch Digitalisierung etwas erreichen kann. Aber da hat man auch erst einmal den Einführungsaufwand.

Prof. Dr. Thomas Grosse (Landesrektorenkonferenz der Kunst- und Musikhochschulen NRW): Frau Beer hat noch einmal nach den Lehrbeauftragten gefragt. Vielleicht hatten wir nicht ganz dieselbe Arbeitsgruppe vor dem geistigen Auge. Bei dem, was ich ausführen wollte, handelt es sich weniger um die rechtliche Bewertung des Lehrauftrags als solchem. Das wäre sowieso ein delikates Thema, um das ich einen sehr großen Bogen machen möchte.

Tatsächlich von Bedeutung ist für uns, zu erkennen, wie sich aufgrund der strukturellen Veränderungen der Musikhochschulen die Qualität von Lehraufträgen verändert hat. Es gibt einfach neue Lehraufträge, die vor 40 Jahren so noch nicht bestanden haben. Ein Beispiel ist Klavierkorrepetition. Ein anderes Beispiel ist ein verstärktes Engagement im künstlerischen Nebenfach, Einzelunterricht. Das sind eigentlich originär hauptamtlich zu vergebende Aufgaben.

Diese sind von dem klassischen Lehrauftrag zu trennen. Für das Sonderinstrument Kontrafagott zum Beispiel mit einer Semesterwochenstunde in einer Fagottklasse kann und sollte man nun wahrhaftig keinen Menschen fest einstellen. Das ist voneinander dahin gehend zu trennen, dass man es abschichten kann und das Ministerium verlässliche Zahlen hat, in welchen Bereichen, sozusagen in welchen Lehrauftragsformen eine Verstetigung priorisiert werden sollte und was das kostet.

Bernadette Stolle (Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen und Universitätsklinika NRW): Sie haben mich auch nach den Lehrbeauftragten an den Kunst- und Musikhochschulen gefragt. Wir sind nicht Mitglied der Arbeitsgruppe. Das hat einfach etwas damit zu tun, dass die Landespersonalrätekonferenz in erster Linie für die Fachhochschul- und Universitätspersonalräte zuständig ist und die Kunst- und Musikhochschulpersonalräte für den künstlerischen Bereich bei uns Gaststatus haben. Sie werden aber vertreten durch den Hauptpersonalrat. Wenn Sie Näheres dazu wissen wollen, wenden Sie sich an Herrn Otto, den Hauptpersonalrat. Deswegen kann ich zum Zeitplan nichts sagen.

Wir haben es trotzdem gerne in unsere Stellungnahme aufgenommen, weil es insgesamt ein Thema an den Hochschulen ist. Es geht nicht nur um die Lehrbeauftragten an Kunst- und Musikhochschulen, aber da ist es am gravierendsten, weil 50 % der Lehre an den Musikhochschulen inzwischen von Lehrbeauftragten übernommen werden. Wir haben teilweise auch an den Universitäten und Fachhochschulen Lehraufträge, die die normale, originäre Lehre abdecken. Auch da sehen wir Handlungsbedarf.

Im Bereich der Sprachenausbildung hat es gerade vor dem Hintergrund des Kodex „Gute Arbeit“ Entwicklungen an einigen Hochschulen gegeben, aber auch nicht flächendeckend. In anderen Bereichen, die nicht die Sprachen Englisch und Französisch umfassen, die im Rahmenkodex benannt sind, sondern in denen es um andere Aufgaben geht, die aber auch gewährleistet werden müssen, hat es noch keine weiteren Entwicklungen gegeben. Der Lehrauftrag insgesamt ist ein Thema, auf das die politischen Vertreterinnen und Vertreter achten sollten. Den Schwerpunkt Kunst- und Musikhochschulen sehen wir auf jeden Fall, aber in anderen Feldern gibt es das auch.

Zu der Frage ob ich einen Vorschlag habe, wie sich die Politik weiter in den Rahmenkodex einmischen kann: Nein, habe ich nicht. Ich kann nur sagen, dass § 34a funktioniert hat. Er war die Grundlage dafür, dass wir nach zähem Kampf – drei Jahren Verhandlung – dieses Papier hinbekommen haben. Hätte es § 34a nicht gegeben, hätte es diese Vereinbarung nie gegeben. Ich glaube, die Hochschulleitungen können mir an der Stelle nicht widersprechen.

Ich befürchte, wenn jetzt eine gesetzliche Grundlage fehlt, dass dann zwar der Rahmenkodex aufrechterhalten bleibt – denn keine Hochschulleitung sagt: „Wir kündigen die Vereinbarungen für gute Beschäftigung“; das sieht in der Presse auch blöd aus –, aber die Frage ist: Was passiert dann noch inhaltlich? Geht es dann wirklich inhaltlich weiter? Haben die Hochschulleitungen weiterhin ein Interesse daran, das voranzubringen oder nicht? Danach wird sich, wie Frau Salvagno eben schon prophezeit hat, die Ausprägung höchst unterschiedlich gestalten.

Wir haben jetzt schon eine unterschiedliche Gestaltung. Wenn man den Hochschulen da noch mehr Freiheitsrechte einräumt – es geht auch darum, wie ich eben schon gesagt habe, dass der Koalitionsvertrag vorsieht, dass es gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen gibt –, dann wird ein Auseinanderdifferieren der verschiedenen Hochschulen stattfinden. Damit kann das, was im Koalitionsvertrag versprochen wird, eigentlich nicht eingehalten werden. Das ist meine Befürchtung. Es ist noch nichts passiert, aber es besteht jetzt die Möglichkeit, zu handeln.

Frank-Peter Kaup (Landespersonalrätekonferenz Technik und Verwaltung, Hochschulen NRW): Zu dem Thema weicht meine Meinung ein bisschen von der meiner Vorrednerin ab. Ich würde Frau Salvagno schon beipflichten wollen. Ich sehe nicht, dass irgendjemand das Rad zurückdrehen will. Gleichzeitig ist es richtig, dass die Hochschulen – das habe ich ja auch gesagt – in unterschiedlichem Tempo voranschreiten – das ist jetzt ein Abbild, das wird zukünftig genauso sein –, jeder nach seinen Möglichkeiten oder teilweise auch danach, wie man es eben will. Das ist jetzt im Prinzip auch schon so.

Wir sitzen seit Jahren regelmäßig mit den Kanzlerkonferenzen, den Rektorenkonferenzen für die Universitäten und Fachhochschulen zusammen und tauschen uns über alle Dinge aus. Da besteht ein gewisses Vertrauensverhältnis. Ich persönlich habe nicht das Gefühl, dass da irgendetwas negativer Art in Richtung des Vertrages passiert. Das hielte ich für eine Unterstellung.

Gleichwohl würde ich es für richtig erachten, so wie es teilweise vorher auch war, dass man das seitens der Landesregierung im Zuge von Verträgen oder Vereinbarungen, die abzuschließen sind, verankert. Das würde ich mir schon wünschen. Genauso habe ich gesagt, ich hätte gerne verankert, dass da hinterher, wenn das Geld fließt, „unbefristet“ steht.

Prof. Dr. Thomas Stelzer-Rothe (Hochschullehrerbund NRW): Herr Bolte-Richter hat nach den Ausgleichsinstrumenten gefragt. Entweder verursachen die Gebühren, die anfallen, zusätzlichen Verwaltungsaufwand, weil man sie auch wieder verrechnen, organisieren muss. Dann hielte ich das für nicht gut. Oder – das ist das wesentlich Schlimmere an solchen Gebühren oder beschränkten Zugängen – sie senden das falsche Signal aus. Wir sind eine Gesellschaft, die davon lebt, dass wir Bildung, wenn es geht, optimal gestalten, mindestens suboptimal, und viele Menschen das, was an Hochschulen passiert, selbst dann in Anspruch nehmen können, wenn es ab und zu mal passiert, dass sie nach einer gewissen Zeit feststellen: Vielleicht ist das Studium doch nichts für mich.

Auf der anderen Seite müssen wir uns, damit faire und gerechte Bildungschancen bestehen und das System vernünftig funktioniert, darum kümmern, zu fördern und zu fordern. Das heißt, wir sind an den Hochschulen gehalten, die Studierenden, die im System sind, in den Blick zu nehmen, und zwar sehr individuell, auch aus den Reihen der Professorinnen und Professoren, nicht nur von den Studierendencoaches und anderen unterstützenden Maßnahmen. Wir müssen die Leute wirklich individuell fördern können. Wenn wir das tun, dann leisten wir etwas Sinnvolles. Insofern würde ich Studienbeiträge in einer Gesellschaft, die von Bildung lebt und von sonst wirklich nicht viel, weil Rohstoffe bei uns sehr knapp sind, grundsätzlich als das falsche Signal betrachten.

Was das Wachstum der Fachhochschulen angeht, erwischen Sie mich als Verbandsvertreter natürlich auf dem richtigen Fuß. Wir müssen in Deutschland wirklich darüber nachdenken, wie wir den Transfer der vielen wunderbaren Grundlagenforschungen in die Gesellschaft hinein fördern können, wie wir also quantitativ und qualitativ an Fachhochschulen auch wachsen können, natürlich mit der entsprechenden Ausstattung, weil sonst all die Effekte passieren, über die wir eben gesprochen haben.

Wenn wir von Gemeinwohlorientierung reden, dann müssen wir wissen, dass die Grundlagenforschung, die an den Universitäten zu Recht und auch sehr gut erfolgt, an den Fachhochschulen sozusagen als PS auf der Straße landet. Diese Aufgabe ist in Deutschland bei Weitem noch nicht angemessen ausgefüllt. Deshalb glaube ich zum Beispiel, dass man die Idee, die ein bisschen kursiert, dass man neben die DFG die DTG stellt, noch einmal forcieren müsste. Dann könnten auch Fachhochschulen durchaus noch mehr machen.

Das hat übrigens auch eine Bedeutung dafür, welche Kolleginnen und Kollegen wir gewinnen können. Es besteht nicht in allen Fächern ein Mangel an Bewerbern. Ich habe letztes in einer Kommission gesessen, in der es um Architektur ging. Da gab es 100 Bewerbungen. Das Problem ist eher, das in den Griff zu bekommen. Aber andere Fächer wie Elektrotechnik oder IT sind sehr schwer zu besetzen. Warum? Weil natürlich jemand, der aus der freien Wirtschaft kommt und eine Professur an der RWTH Aachen oder an einer Fachhochschule annehmen könnte, zur RWTH Aachen geht, wenn er alle Sinne beisammen hat. Das ist ein Problem, das wir im Hinterkopf behalten müssen.

Wir müssen die Fachhochschulen eher noch ausbauen, weil als Effekt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Gemeinwohlorientierung dabei herauskommt. Deshalb möchte ich noch einmal ganz stark unterstreichen: kein Rückbau der Aufgaben, sondern eine Verstetigung, eine Ausweitung der Aufgaben. Das muss allerdings mit Ressourcen ausgefüllt sein. – Das wäre das Signal, das ich aussenden würde.

Katrin Lögering (Landes-ASten-Treffen NRW): Als Studierendenvertreterin werde ich natürlich noch ein kleines Statement zu den Studiengebühren abgeben. Auch wir verstehen Bildung als gesamtgesellschaftlichen Auftrag. Die im Wahlkampf angekündigten sozialverträglichen, nachgelagerten Studiengebühren nur für bestimmte Gehaltsgruppen – so habe ich das Modell verstanden – halten wir für falsch. Ein solches Modell kann, wenn man die Bildung eben als gesamtgesellschaftlichen Auftrag versteht, auch über Steuern möglich gemacht werden.

Generell möchte ich noch mit dem Vorurteil aufräumen, dass Studiengebühren die Studienbedingungen verbessern. Das können nur Maßnahmen und nicht eine Gebühr für die Studierenden. Wohl eher die studentische Mitgestaltung und ein umfassender Dialog an den Universitäten verbessern die Studienbedingungen.

Frank-Peter Kaup (Landespersonalrätekonferenz Technik und Verwaltung, Hochschulen NRW): Ich möchte noch einen kleinen Nachsatz zu dem machen, was ich eben in Richtung Kodexverankerung im Hochschulgesetz geäußert habe. Das sollte eigentlich ein Vertrauensvorschuss gegenüber den Rektoren und Kanzlern der Hochschulen und Universitäten sein. Selbst ohne den Kodex würde es so weitergehen. Das heißt aber nicht – und das wollte ich sagen –, dass ich der Meinung bin, er solle heraus. Ich würde natürlich dagegen votieren. Das wollte ich nur noch einmal klarstellen, nicht dass das hier falsch herüberkommt.

Vorsitzender Helmut Seifen: Ich bedanke mich bei allen Anwesenden ganz herzlich für die tiefeschürfenden Fragen und für die erschöpfenden Antworten, die wir erhalten haben. Ich denke, dass wir nun umfassend informiert sind.

Der Ausschuss wird das Thema weiter beraten. Das Protokoll wird in naher Zukunft ins Internet gestellt. Dort können Sie alle Aussagen noch einmal zur Kenntnis nehmen.

Ich bedanke mich bei allen Anwesenden ganz herzlich, vor allen Dingen bei den angereisten Gästen. Ich wünsche Ihnen eine sichere und gute Heimfahrt und noch einen angenehmen Tag. – Recht herzlichen Dank.

Die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten sehe ich in einer Viertelstunde zur nächsten Sitzung wieder.

Diese Sitzung ist geschlossen.

gez. Helmut Seifen
Vorsitzender

Anlagen

30.01.2018/01.02.2018

160

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Wissenschaftsausschusses

Studienplätze und Hochschulfinanzierung sicherstellen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/528

Mittwoch, 10. Januar 2018
13.30 bis 15.30 Uhr, Raum E 1 D 05

T a b l e a u

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellung- nahme
Hochschule NRW - Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen NRW e.V. Münster	Loretta Salvagno	17/228
Konferenz der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen NRW <i>bis 31.12.2017:</i> <i>Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen in Nordrhein- Westfalen</i> Iserlohn		
Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW e.V. Bielefeld	- keine Teilnahme -	17/227
Die Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen Wuppertal		
Landesrektorenkonferenz der Kunst- und Musikhochschulen NRW Hochschule für Musik Detmold Detmold	Prof. Dr. Thomas Grosse	-----
Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlich Beschäftigten – LPKwiss Essen	Bernadette Stolle	17/226
Landespersonalrätekonferenz der NRW-Hochschulen Universität Duisburg-Essen Essen	Frank-Peter Kaup	17/267
Hochschullehrerbund - hlb Landesverband Nordrhein-Westfalen Bonn	Prof. Dr. Thomas Stelzer-Rothe	17/229
Landes-Asten-Treffen - LAT NRW Bochum	Katrin Lögering Michael Schema	17/271
Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH Gütersloh	Ulrich Müller	17/248
